

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 4. Mai, 2 Uhr 20 Minuten.

Die erste Beratung der Rechnung über den Haushalt der afrikanischen Schutzgebiete, des Schutzgebietes Neuguinea, der Verwaltung der Karolinen, Palau und Marianen, sowie des Schutzgebietes Samoa für das Rechnungsjahr 1905 und die erste Beratung der Rechnung über den Haushalt der afrikanischen Schutzgebiete, des Schutzgebietes Neuguinea, der Verwaltung der Karolinen, Palau und Marianen, sowie des Schutzgebietes Samoa für das Rechnungsjahr 1904 gehen an die Rechnungskommission.

Es folgt die Beratung des Berichtes der Reichsschuldenkommission vom 25. Februar 1911, der erledigt wird.

Ohne Debatte werden erledigt die zweite Beratung der Uebersicht der Reichsausgaben und -Einnahmen für das Rechnungsjahr 1907, die zweite Beratung der allgemeinen Rechnung über den Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1906 nebst der dazu gehörigen Spezialrechnungen, einem Vorberichte und den Bemerkungen des Rechnungshofes.

2. Beratung der Allgemeinen Rechnung über den Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1906 nebst den dazu gehörigen Spezialrechnungen, einem Vorberichte und den Bemerkungen des Rechnungshofes, die zweite Beratung a) der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der afrikanischen Schutzgebiete, des Schutzgebietes Neuguinea, der Verwaltung der Karolinen, Palau, Marianen und Marschallinseln, sowie des Schutzgebietes Samoa für das Rechnungsjahr 1906, b) der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Schutzgebietes Kiautschou für das Rechnungsjahr 1908, 2. Beratung der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Schutzgebietes Kiautschou für das Rechnungsjahr 1907, 2. Beratung der Rechnung über den Haushalt der afrikanischen Schutzgebiete, des Schutzgebietes Neuguinea, der Verwaltung der Karolinen, Palauinseln und Marianen, sowie des Schutzgebietes Samoa für das Rechnungsjahr 1901, 2. Beratung der Rechnungen über den Haushalt der afrikanischen Schutzgebiete, des Schutzgebietes Neuguinea, der Verwaltung der Karolinen, Palau und Marianen, sowie des Schutzgebietes Samoa für das Rechnungsjahr 1902 und 1903 und 21. März 1910.

Abg. Erzberger (Str.) anerkennt, daß nun die Rechnungslegung beschleunigt erfolgte; das ist ein Fortschritt.

Es folgen Berichte der Kommission für die Petitionen.

Abg. Dr. Bürke (M.): Man ging gegen die Bäcker zu scharf vor, indem man ganze Existenzen vernichtete; man forderte umfangreiche Neubauten, die 10 000 bis 14 000 Mark Kosten verursachten. Das war viel zu hart. Wenn man Neuerungen durchführen will, muß es langsam geschehen.

Abg. Schefbed (Str.) kritisiert diese neue Verordnung scharf. Der Geheimrat, der diese schuf, hat noch nie das Innere einer Bäckerei gesehen. (Seiterkeit.) So schikaniert man den Mittelstand; dieser soll das Verhältnissen für Geheimräte sein. Kann man eine solche Verordnung aufrecht erhalten? Man kommt den Wünschen der Bäcker gar nicht entgegen und fordert riesige Umbauten; namentlich in Berlin geht man sehr rigoros vor. In der ganzen Sozialpolitik nimmt man auf das Handwerk keine Rücksicht. Man hat nur schöne Worte für das Handwerk; aber man bringt den Bäckermeister um seine Groschen und führt die Bauordnung rücksichtslos durch. Die Freiständigen haben sich mehr als sonderbar benommen; in einer Widerversammlung zu Berlin haben sie sich gegen die Verordnung ausgesprochen und in der Kommission dafür. (Hört.) Die Verordnung muß sofort geändert werden.

Abg. Binder (Soz.): Es handelt sich um ganz minimale Forderungen, die leicht durchzuführen sind.

Abg. Samp (Rp.) und Rieseberg (W. V.) fordern die Aufhebung der Verordnung. Wenn eine Bäckerei 12 Zentimeter zu niedrig ist, muß sie umgebaut werden.

Abg. Giesberts (Str.): Viele Bäckereiräume sind ganz ungenügend und müssen geändert werden; aber man gebe mit Milde vor.

Abg. Rospich (Rp.): Wir sind für eine maßvolle

Durchführung der Verordnung. Die Rechte hat durch die neuen Steuern viele Existenzen vernichtet.

Abg. Vebel (Soz.): Die Zustände waren früher in Deutschland einfach grauenhaft: überlange Arbeitszeit, schlechte Arbeitsräume. Redner erinnert an seine frühere Schrift über die Mißstände im Bäckereigewerbe. Ich rechne es mir zum großen Verdienste an, daß ich die Anregung zur ersten Bäckereiverordnung gegeben habe und nehme die Regierung in Schutz gegen die Angriffe, als vernichte sie Existenzen hierdurch. — Abg. Raab (W. Berg.) polemisiert gegen die Sozialdemokratie.

Die Petition der Bäcker auf Aufhebung der Verordnung wird als Material überwiesen.

Es folgt die Petition betreffend Erlaß eines Reichstheatergesetzes.

Abg. Dr. Pfeiffer (Str.) fordert baldige Vorlegung des Entwurfes. — Abg. Dr. Müller-Meinigen (Rp.) und Ged (Soz.) schließen sich dem an.

Eine Reihe von Petitionen werden ohne Debatte erledigt.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr: Reichsversicherungsordnung. — Schluß 1/2 7 Uhr.

Zur Geld- und Wirtschaftslage.

Die Lage des Geldmarktes ist eine gespannte — in Wien ebenso wie in Berlin; auch London ist nicht so „elastisch“, wie es sein sollte. In Wien ist der Fodorummel vorläufig vorüber gegangen, ohne andere Effekten ergriffen zu haben. In Skoda gab es allerdings große Verluste. Ein vielgenannter Bankdirektor wird als der Macher der Contremine genannt und die Reihe der Verlusttragenden weist manden interessanten Namen auf. Angesichts des großen Engagements des spekulierenden Publikums warnen aber auch Eingeweihte, der Geldspannung wegen, zur Vorsicht.

Auch in Berlin wird an der Börse zuviel spekuliert. Alle Mahnungen sind vergebens. Der Präsident der deutschen Reichsbank hat neuerdings auf die großen ungeordneten Ansprüche des Berliner Platzes an die Bank hingewiesen und warnend seine Stimme erhoben. In einer Aprilwoche wurden dort 731 Millionen Mark neue ungedeckte Noten ausgegeben, zu einer Zeit, in welcher früher der Geldbedarf stets ein sinkender war.

Das heutige Aprilwetter, welches Julibüge und Märzwetter zugleich beschert, ist ein Gegenstand des Gaudiums für die Getreideproduktion. — In der ungarischen Hauptstadt tobt ein wildes Auf und Ab der Kurse. Die Getreidepreise sind so hoch, daß sich trotz Zoll bald die Einfuhr rentieren wird, wenn nicht inzwischen der Importeur, während die Frucht noch auf dem Wege ist, durch einen schweren Kurssturz überbracht wird. Man spricht davon, daß ein „Weizenkorn“ geplant ist, eine künstliche Preissteigerung durch Ankauf der Vorräte und durch diverse Börsenmanöver. So wird die Teuerung künstlich gemacht. Unterstützt werden solche Manöver unbewußt durch die ziffermäßige Angabe der anzuhoffenden Ernteergebnisse. Ein allgemein gehaltener Saatenstandsbericht ist gewiß willkommen, die vorzeitige Einkägung der Ernte aber auf einige hunderttausend Meterzentner ist unmöglich und doch wird an diesem Fehler festgehalten. „Jetzt, wo der Terminhandel die Getreidepreise in die Höhe getrieben hat, schreiben die Agrarier!“ schreiben die Börsenblätter. Die Agrarier, richtiger gesagt, die Weizen- und Getreidebauern können keine niederen Preise brauchen, sie wollen aber auch keine zu hohen, denn aus diesen zieht doch wieder nur die Börse und ihr Anhang Nutzen. Die Getreideproduzenten verlangen gerechte und konstante Preise — keine Hochkurse! Heute schon ist in Ungarn eine böse Stimmung gegen den Terminhandel, und wenn dort dem Volke etwas zu arg wird, wird rasch gehandelt.

Aus Amerika kommen nicht mehr die seit drei Jahren stereotypen Nachrichten über baldigen Aufschwung. Vielmehr lauten die Meldungen eher auf einen Niedergang der Konjunktur. Im gewaltigen Stahltrust ist die Verwaltung in zwei Parteien gespalten, deren eine durch Verabregung der Preise eine Belebung der Konjunktur erhofft. Ein bedenkliches Zeichen! Die Entscheidung über die Truste, wie u. a. über den Tabak-, Petroleum- und Eisenbahntrust steht bevor. Die Trustmagnaten zeigen jetzt ihre Macht.

das wirtschaftliche Leben leben und drücken zu können. Die Regierung hüte sich, streng zu sein, sonst — drohen die Trustleute. „Amerika, du hast es besser!“ so hieß es einst.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten.

§ Leipzig. (Kath. Gefellenverein.) Sonntag den 7. Mai abends Punkt 8 Uhr wird im Saale der Thalia, Elsterstraße 42, ein Theaterabend zum Besten des im September dieses Jahres stattfindenden 50. Stiftungsfestes abgehalten. Zur Aufführung gelangt „Mein Leopold“, Volksstück in drei Akten. Nach dem Theater ist Ball bis-nacht 2 Uhr. Alle Herren Ehrenmitglieder und Mitglieder, sowie Männer und Freunde des Vereins werden herzlich eingeladen.

§ Leipzig. Der Verein erwerbstätiger Frauen und Mädchen (Rotburga-Verein) und der Schutzverein (Monika-Verein) feiern am vergangenen Sonntage den 30. April, abends 8 Uhr im Saale des Gefellenhauses zu Leipzig, Wienstraße 23, ihr erstes Stiftungsfest. Der Saal war stimmungsvoll geschmückt. Auf den weißgedeckten Tischen prangten zahlreiche Frühlingstränke. Mitglieder und Gäste hatten sich in so großer Zahl eingefunden, daß die Stühle nicht ausreichten und der Saal die Menge kaum fassen konnte. Der Herr Superior Stranz eröffnete als Präses mit einem Willkommengruße an die Teilnehmer und im besonderen an Herrn Prälaten Jühr die Feier und schloß daran eine Ansprache, in der er folgende Gedanken ausführte. Beide Vereine sind noch vom Herrn Superior Schmittmann zu Anfang des verflohenen Jahres gegründet worden. Er erkannte ihre Existenz als eine soziale Notwendigkeit. Der Monika-Schutzverein hat sich die Aufgabe gestellt, die von auswärts hierher kommenden erwerbstätigen Frauen und Mädchen aufzunehmen und vor den mannigfachen Gefahren der Großstadt zu schützen. Er verfolgt, um diesen Zweck noch besser erreichen zu können, die Absicht, für die erwerbstätigen Frauen und Mädchen ein eigenes Heim zu schaffen, denn das bisherige Heim, das sich im St. Josephshause unter der Obhut der Ehrenwürdigen Frauen Schwestern befindet, hat sich als zu klein erwiesen. Der Rotburga-Verein, der als Glied dem Berliner Verbande erwerbstätiger Frauen und Mädchen angehört, will die genannten Dienstmädchen und Arbeiterinnen sammeln und an der Gemeinde selbsthalten. Die Vorteile, die der Verband bietet, liegen besonders in den Klassen, nämlich der Kranken-, Sterbe- und Invalidenkasse. Außerdem nehmen sich besonders die Vertrauensdamen des Rotburga-Vereins der stellungslosen und steilungsuchenden Mädchen an, wohnen den Versammlungen bei, die zweimal im Monate stattfinden und leiten die Kurse für weibliche Arbeiten, wie Nähen, Zuschneiden, Kochen usw. Die Wichtigkeit des Rotburga-Vereins ist damit wohl genügend begründet. Indem der Herr Redner bittet, dem Vereine Mitglieder zuzuführen, damit er sich immer mehr entfalte, weist er gleichzeitig auf die Notwendigkeit hin, die eben auch in dem Mangel eines geeigneten Versammlungsortes besteht. Hier drücken noch manche Sorgen den Präses, und er ist sich wohl bewußt, daß in dieser Beziehung Leipzig Dresden hintersteht. Schließlich richtet er noch den Blick auf die Schutzpatroninnen der beiden Vereine, auf die heilige Monika und Rotburga, deren leuchtende Nächstenliebe und Frömmigkeit er zur Nachahmung empfiehlt. Die nun folgenden Vorbereitungen des vielseitigen Programms lösten reichen, oft stürmischen Beifall aus. Frau Direktor Schwider brachte drei Lieder mit begeisterten Wärme unter der feinstimmigen Begleitung des Herrn Musikdirektor Adschary zum Vortrage. Als eine besondere Leistung muß anerkannt werden, daß Mitglieder des Rotburga-Vereins ein kleines Theaterstück: „Die Tante aus der Provinz“ zur Aufführung brachten unter der umsichtigen Leitung der Frau Sekretär Crueger, die insbesondere auch als Vertrauensdame eine vielseitige und wertvolle Tätigkeit entfaltet. Die Violinvorträge des Herrn Bur-lage jun. und die Lieder für Bariton des Herrn Schaal, die unter Mitwirkung der Frau Reichsgerichtsrat Burlage am Klavier geboten wurden, beschloßen würdig den künstlerischen Teil des Programms. Schließlich dankte der Herr Präses im Namen der beiden Vereine allen, die zum Gelingen der schönen Feier in selbstloser Weise mitgewirkt, für die tatkräftige Unterstützung und Förderung der guten Sache.

Gegen die Briefmarke.

(Nachdruck verboten.)

Die Briefmarkensammler müssen erschrecken, denn ihr Sport soll aufhören, wenn es nach Herrn Buchenau von Düsseldorf geht; dieser hat nämlich dem Reichstage eine Denkschrift über die Abschaffung der Briefmarken eingereicht. Ob freilich die Reichspost ihm folgen wird, ist eine andere Frage. Aber diese Denkschrift blaudert in ganz origineller Weise über die genannte Brande, so daß es sich lohnt, ihr zu folgen.

Mit Einführung der Briefmarke in England durch Rowland Hill im Jahre 1840 hat die Verwendung dieses unscheinbaren und für den modernen Verkehr doch so bedeutungsvollen Wertzeichen einen staunenerregenden Umfang erreicht, dessen weiterer Entwicklungsmöglichkeit keine Grenze gezogen erscheint. Die Anfertigung der Briefmarken kostet Geld, wenn auch für die einzelnen Exemplare verschwindend wenig, so doch viel Geld für die enorm großen Quantitäten, die von diesem Wertzeichen gebraucht werden. Der Verkauf der Marken an die Postanstalten, die Verteilung an die einzelnen Schalterdienst- und sonstigen Verkaufsstellen, die Ausgabe an das Publikum, sowie die Verrechnung und Kontrolle des Markenverkehrs erfordert einen ganz bedeutenden Aufwand an Arbeitskraft, ist also mit sehr großen Kosten verknüpft. Insbesondere wird die verstärkte Inanspruchnahme der Schalter durch den Markenverkauf vielfach als ein besonders lästiger Uebelstand empfunden. Auch erfordert die Aufbewahrung der Marken, zumal in größeren Postanstalten feuer- und diebstahlere Gesasse, deren Erstellung bekanntlich sehr kostspielig ist. Endlich ist das Abstemeln der Marken eine lästige, zeitraubende und teure Manipulation.

Die Postverwaltung ist zwar bemüht gewesen, Abhilfe der durch den Gebrauch der Marken bedingten Uebelstände und Kosten zu schaffen, u. a. durch die Einrichtung von Privatverkaufsstellen, Einführung der Marken-Verkaufsautomaten, Zulassung der Markenbesitzer, Benutzung der Brief-Stempelmaschine und dergleichen mehr; aber alle diese Hilfsmittel sind und bleiben unzulänglich gegenüber dem sich unausgesetzt steigenden Verbrauch an Briefmarken.

Für das Publikum bildet die Briefmarke gewissermaßen ein durch Gewohnheitsrecht eingebürgertes Uebel. Man empfindet die mit der Verwendung der Marken verknüpften Mißstände nicht besonders oder übersteht sie, weil man sie für unabänderlich hält. Die mit der Abschaffung der Marken vielfach verbundenen Uebelstände sind vorstehend schon erwähnt worden; auch hat ein jeder wohl schon die Erfahrung gemacht, daß die Marke gewöhnlich dann nicht zur Hand ist, wenn man sie am nötigsten gebraucht. Daß ferner die im allgemeinen übliche Verwendungsweise der Marke keineswegs einwandfrei ist, ist ungenug bekannt. Auch erfordert das Sortieren und Eintragen der Briefe, das Aufkleben der Marken und die Kontrolle der Portokasse schon in Geschäften mittleren Umfangs eine nicht unerhebliche Arbeitsleistung, die vielfach deshalb noch besonders lästig empfunden wird, weil sie meist kurz vor Geschäft- und Postschluß vorgenommen und dadurch auch häufig überhastet wird. Auf die oft unzulängliche Kontrolle der Portokasse soll nur hingewiesen werden, da wohl jedermann weiß, wie mancher hoffnungsvolle junge Mann durch die verführerische Gelegenheit zur Marken-Veruntreuung zum ersten Schritt auf die Verbrechenslaufbahn veranlaßt worden ist. Die vielfach erdachten Portokassen-Kontrollsysteme, sowie auch die Briefmarken-Aufklebe-

maschinen erfreuen sich in der Geschäftswelt keiner besonderen Beliebtheit, weil sie entweder zu kompliziert oder in der Anschaffung und im Betriebe zu teuer sind. Auch lassen die in dieser Hinsicht bislang gemachten Verbesserungsvorschläge noch Uebelstände genug übrig; sie treffen eben den Kern der Sache nicht, der darin besteht, daß die Briefmarke als solche beseitigt werden muß! Die Frage, ob dies zu erreichen ist, ob sich die mit dem Gebrauch der Briefmarke verknüpften Uebelstände mit einem Schlage beseitigen lassen, ist mit einem unbedingten „Ja!“ zu beantworten. Zwar wird es sich zunächst darum handeln, den Markenverbrauch auf einen Bruchteil des jetzigen zu beschränken, wodurch schon die wesentlichsten Uebelstände des jetzigen Frankierverfahrens teils gänzlich beseitigt, teils erheblich gemildert werden würden. Daß aber auch eine Möglichkeit der gänzlichen Beseitigung der Briefmarken nicht ausgeschlossen erscheint, soll weiter unten erörtert werden. Der Verfasser der Denkschrift hat eine Maschine zum markenlosen Frankieren von Briefen, Postkarten, Paketadressen, Druckfachen und Postanweisungen konstruiert, welche von geringem Gewicht und leicht transportabel, auf jedem Tisch oder Pult bequem aufgestellt oder festgeschraubt werden kann. Der Apparat ist circa 250 Millimeter lang und 200 Millimeter breit und hoch; er trägt seitlich eine schräg gelagerte Platte zur Aufnahme der zu frankierenden Briefe oder dergleichen, die, wie schon vorweg bemerkt sei, zugleich als Briefhülle dienen kann. Der Apparat leistet nun folgendes: Der auf die Aufnahmeplatte gelegte Brief rutscht durch sein Eigengewicht durch einen vorgesehenen Spalt in das Innere des Apparates, woselbst er zwischen ein Walzenpaar gelangt, das durch eine am Apparat rechtsseitig gelagerte Kurbel betätigt wird. Eine einmalige Drehung der Kurbel läßt